

Immer dieser Ueli

Im Treichler-Shirt profiliert sich Bundesrat Maurer als Corona-Querdenker. Er verstrickt sich in Widersprüche.

Francesco Benini

«Oops! I did it again», heisst ein Hit von Britney Spears. Die Popsirene singt davon, wie sie mit den Gefühlen von Männern spielt. «Oops! I did it again», mag sich Bundesrat Ueli Maurer am Sonntagnachmittag gedacht haben. Er spielt mit dem Zurschaustellen einer Haltung, die von der Meinung der Regierung abweicht. Der Ueli Maurer angehört.

Was ist passiert? An einem Anlass der SVP streifte sich der Finanzminister ein langärmeliges Leibchen der «Freiheitsrychler» über. Mit ihren schweren Glocken verleihen sie den Demonstrationen der Corona-Massnahmen-Kritiker urschweizerisches Kolorit. Als der Bundesrat vergangene Woche die Ausweitung der Zertifikatspflicht beschloss, marschierten die Treichler an einer unbewilligten Protestkundgebung durch Bern.

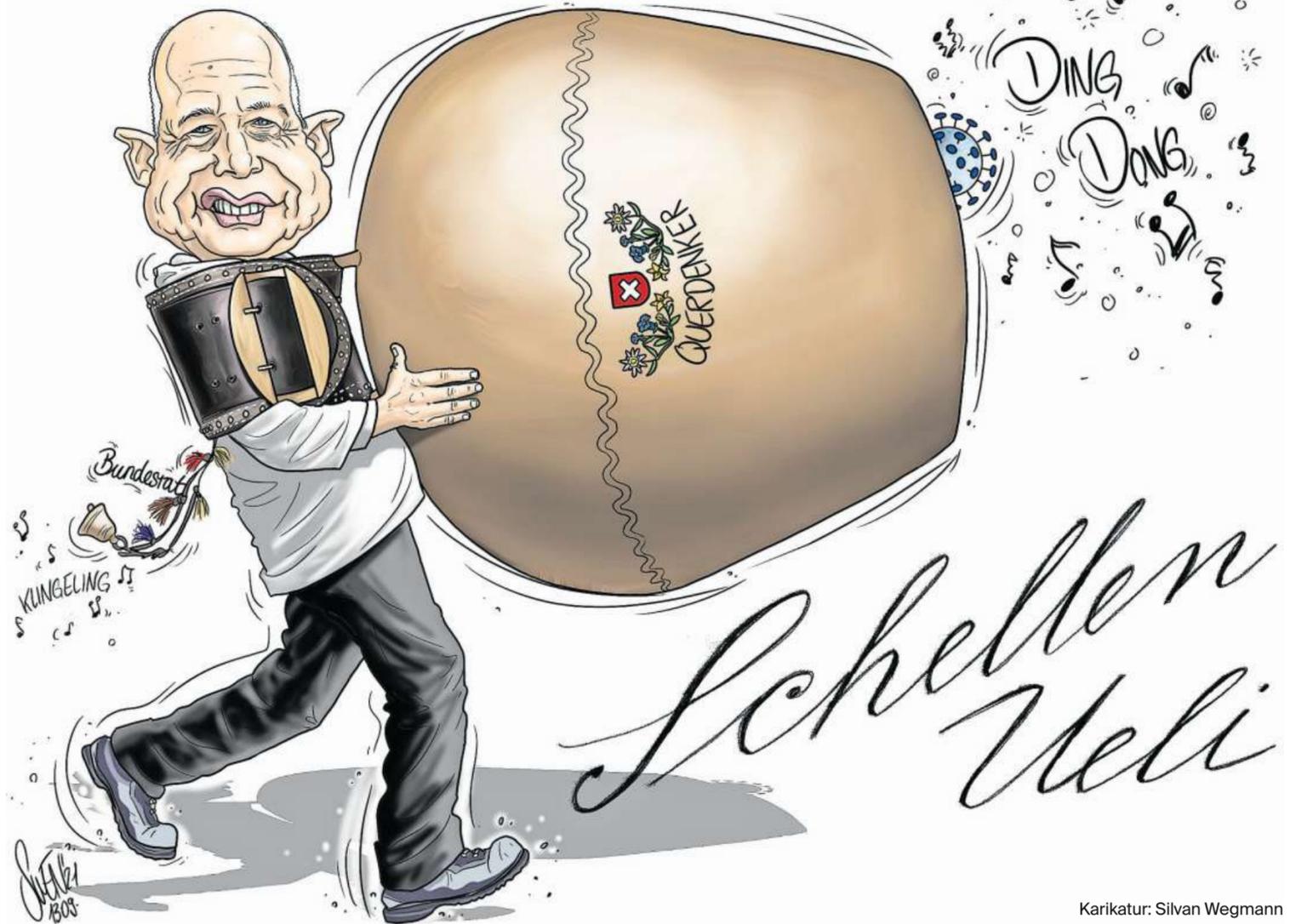
Die SP findet: Ueli Maurer verlängert die Coronakrise

Mit seinem Tenue zeigte Maurer, dass er den Entscheid des Bundesrats ablehnt. Im Bundeshaus, wo gerade die Herbstsession anfängt, fällt die Kritik an ihm zum Teil harsch aus. Der Fraktionschef der SP, Roger Nordmann, sagt: «Ueli Maurer hält sich nicht an die Kollegialität und bricht damit die Verfassung. Er delegitimiert die Impfkampagne, sabotiert die Strategie des Bundesrats – und verlängert damit die Coronakrise. Das ist tragisch.»

Andere Parlamentarier missbilligen Maurers Verhalten ebenfalls, drücken sich aber ein wenig zurückhaltender aus. Mitte-Ständerätin Andrea Gmür erklärt: «Bundesrat Maurer sollte zum Impfen aufrufen, statt in komischen Corona-Demo-Hemden herumzulaufen. Sein Verhalten ist enttäuschend und gefährlich. Es geht nicht an, dass er den Massnahme-Kritikern Auftrieb gibt.» Jürg Grossen, der Präsident der Grünliberalen, meint: «Was Bundesrat Maurer tut, ist unangebracht. Er untergräbt das Kollegialitätsprinzip. Vielleicht ist er ehrlich, aber vorbildlich ist sein Verhalten nicht.»

Der Auftritt im Treichler-Shirt reiht sich ein in eine Serie von Dissens-Bezeugungen. Seit dem Ausbruch der Coronakrise zog Bundesrat Maurer die Entscheide der Landesregierung verschiedene Male in Zweifel. Es fing an in einem NZZ-Interview Ende April 2020, als Maurer über den vom Bundesrat verhängten Lockdown sagte: «Ich frage mich, ob das wirklich notwendig war.»

Viele Politiker der SVP finden, es sei für die Schweizer Bevölkerung gut zu



Karikatur: Silvan Wegmann

wissen: Da ist jemand im Bundesrat, der die Massnahmen zur Bekämpfung der Pandemie hinterfragt. Ueli Maurer profiliert sich als Corona-Querdenker. Wobei er sich nicht ständig querlegt. Bei der Auszahlung von Hilfsgeldern an

«Er sollte zum Impfen aufrufen, statt komische Hemden zu tragen.»

Andrea Gmür
Luzerner Ständerätin Mitte

Unternehmen verhielt sich der Finanzminister ausgesprochen pragmatisch.

Maurer scheint der Basis der SVP immer wieder signalisieren zu wollen: Ich bin für euch da und kämpfe für eure Anliegen. Wer ihn kennt, sagt, dass Maurer dabei manchmal aus dem Bauch heraus handle. Er wolle ein Zeichen setzen und denke nicht lange darüber nach. Vielleicht verstrickt er sich darum nun in Widersprüche.

Maurer sagt dem «Sonntags-Blick», dass Menschen, welche die Impfung ablehnten, «senkrechte Schweizer» seien, die finden: «Jetzt geht der Staat zu weit.» Er nimmt die Impfskeptiker in Schutz. Dann macht in Bundesbern die Runde: Dass die Coronatests vom 1. Oktober an kostenpflichtig sind, geht wesentlich auf die Initiative Maurers und Parmelins zurück. Die beiden SVP-Magistraten setzten sich im Bundesrat dafür ein und brachten eine Mehrheit hinter sich.

Die «senkrechten Schweizer» sollen also für Coronatests bezahlen, wenn sie am gesellschaftlichen Leben teilnehmen wollen? Wie geht das zusammen? Was hat sich Ueli Maurer dabei gedacht? Sein Mediensprecher Peter Minder will «keine Gerüchte kommentieren». Minder betont, dass Bundesrat Maurer vor wenigen Tagen in einem Interview auf Tele Züri die Bevölkerung zum Impfen aufgefordert habe.

Der Auftritt passt zur Polemik der SVP gegen die Städte

Es gibt weitere Gründe, warum das Posieren im Treichler-Outfit schlecht ankommt ausserhalb der SVP. Die Partei hat gerade eine Polemik lanciert, welche die tugendhafte Landbevölkerung dekadenten Städtern gegenüberstellt. Wenn sich Maurer jetzt als Treichler präsentiert, wirkt das, als ob er Teil der Kampagne sei, mit der die SVP mögli-

cherweise in den Wahlkampf 2023 zieht. Ein Bundesrat als Parteisoldat? In Bundesbern rümpfen darob viele die Nase.

Zweitens entscheiden die Schweizer Stimmberechtigten Ende November darüber, ob das Covid-Zertifikat weitergeführt wird. Der Bundesrat ist natürlich dafür, die SVP ist dagegen. Wenn sich Ueli Maurer nun öffentlich mit den «Freiheitsrychlern» solidarisiert, zeigt er, dass er sich gegen die Haltung des Bundesrats stellt.

Ueli Maurer bricht damit das Prinzip der Kollegialität gleich zweifach. Einen FDP-Parlamentarier bringt das aber nicht aus der Fassung. «So ist er halt, der Ueli», meint er. Sich lange mit den Extratouren des Finanzministers aufzuhalten, lohne sich nicht. Maurer, 70 Jahre alt, sei ohnehin auf der Zielgeraden als Bundesrat. Bis zu seinem Rücktritt wird es noch einige Male heissen: «Oops! He did it again.»

Schon mehr als 200 000 Unterschriften für kostenlose Coronatests

Ende August hat der Bundesrat entschieden, die nationale Teststrategie anzupassen: Ab 1. Oktober müssen Coronatests aus der eigenen Tasche bezahlt werden. Ganz günstig ist das nicht: Für einen Antigen-Schnelltest legt man durchschnittlich rund 50 Franken auf den Tisch, die Kosten für einen PCR-Test variieren je nach Teststandort zwischen 115 und 190 Franken. Wer sich an Wochenenden oder nachts testen lassen will, zahlt mancherorts sogar noch mehr. So kostet ein PCR-Test im Spital Zollikerberg an den Wochenenden knapp 220 Franken.

Diese Kosten wollen viele Ungeimpfte nicht ohne Widerstand auf sich

nehmen. Die Bernerin Maja Balmer startete vor fünf Tagen eine Online-Petition auf der Plattform der Kampagnen- und Mobilisierungsorganisation Campax. Die Forderung: Coronatests sollen auch nach dem 1. Oktober gratis bleiben – egal, ob man Symptome hat oder nicht. Bis gestern Montagnachmittag waren es bereits 210 000 Unterschriften und beinahe im Fünfssekundentakt kamen weitere dazu.

Die Initiantin richtet sich in der Petition direkt an den Bundesrat: «Ich fordere Sie auf, Tests weiterhin gratis anzubieten, genau so gratis, wie die Impfungen sind.» Damit könne eine

Zweiklassengesellschaft vermieden werden, führt Balmer weiter aus.

Überraschte Initiantin ist keine Coronaleugnerin

Die Bernerin ist weder eine Coronaleugnerin, noch findet sie die Coronapolitik der Behörden vollkommen verkehrt. Der Anstoss sei ein anderer gewesen, sagt sie: «Die Ungleichbehandlung, die durch die kostenpflichtigen Tests in Kombination mit der Zertifikatspflicht entsteht, hat mich gedanklich sehr beschäftigt. Ich musste etwas machen.» Dass gleich mehr als 200 000 Menschen innert weniger Tage ihr Anliegen unterstützen, damit

habe sie niemals gerechnet. «Ich freue mich natürlich über den grossen Zuspruch», sagt sie weiter.

Ziel Balmers ist es, so bald wie möglich einen Termin mit der Bundeskanzlei zu vereinbaren, damit sie die Unterschriften an den Bundesrat überreichen kann. Sie wünscht sich, dass der Bundesrat die Forderung der Petition ernst nimmt und eine Lösung sucht, «wie er der Ungleichbehandlung entgegenwirken will». Damit fänden vielleicht auch bald die zahlreichen Anfeindungen, gegenseitigen Schuldzuweisungen und die Polarisierung ein Ende, hofft sie.

Balmer würde sich über eine Anpassung noch vor Oktober freuen. Denn ab

dem 1. Oktober müssen symptomfreie Personen sowohl die Antigen-Schnelltests als auch die PCR-Tests selbst bezahlen. Wer Symptome hat, kann zwar einen vom Bund vergüteten Test machen. Allerdings kann das Resultat nicht für ein Test-Zertifikat geltend gemacht werden.

Ausnahmen gibt es auch hier: Unter 16-Jährige und solche, die sich nicht impfen lassen können, dürfen sich kostenlos testen lassen. Und für repetitive Tests in Schulen, Betrieben und Gesundheitseinrichtungen übernimmt der Bund die Kosten ebenfalls.

Chiara Stäheli